

Bern, April 2022

Protokoll des Parteitages



Datum	Mittwoch, 2. März 2022 19:15 –
Zeit	21:20 Uhr
Ort, Raum	Hotel Bern, Bern
Präsenz	98 Stimmberechtigte Personen
Absolutes Mehr	50 Stimmen
Protokollführung	Zora Schindler

1	Eröffnung und Begrüssung	2
2	Wahlen zum Parteitag	2
2.1	StimmzählerInnen.....	2
2.2	Mandatsprüfungskommission.....	3
2.3	Wahlbüro	3
2.4	Tagesbüro	3
3	Genehmigungen	3
3.1	Tagesordnung	3
3.2	Geschäftsordnung	3
3.3	Protokoll des Parteitages vom 10.11.2021.....	3
4	Regierungs- und Grossratswahlen 2022	3
4.1	Rede Mattea Meyer, Co-Präsidentin SP Schweiz.....	3
4.2	Kampagne Grossratswahlen	4
4.3	Interviews Regierungsratskandis	5
5	Parolen Abstimmungen vom 28.11.2021	6
5.1	In dubio pro Populo.....	6
5.2	Filmgesetz	6
5.3	Weiterentwicklung Schengen (Frontex)	6
5.4	Transplantationsgesetz.....	7
6	Ersatzwahl in die GEschäftsprüfungskommission	8
7	Resolutionen	8
8	Verschiedenes	9
9	Schluss des Parteitages	9

1 ERÖFFNUNG UND BEGRÜSSUNG

Co-Präsidentin **Mirjam Veglio** und Co-Präsident **Ueli Egger** eröffnen den Parteitag.

Speziell begrüsst Mirjam Mattea Meyer, Co-Präsidentin der SP Schweiz, die bisherigen Regierungsratsmitglieder Evi Allemann und Christoph Amman sowie Erich Fehr, der Stand heute noch nicht im Regierungsrat ist.

In Gedanken sind wir bei den Menschen in der Ukraine, die seit einer Woche in Kellern, Garagen, U-Bahnstationen täglich um ihr Leben bangen. Ausgelöst durch einen furchtbaren Krieg, der bereits 700'000 Menschen in die Flucht getrieben hat. Die Friedensdemonstration am Samstag: richtig gut getan, es war wichtig, Ohnmacht, Wut, Sorgen mit so vielen anderen teilen zu können. Wir stehen gemeinsam für Demokratie ein. Es ist auch dank der SP Schweiz, dass sich der Druck auf den Bundesrat so erhöht hat, dass er die Sanktionen mitträgt. Kantonal ist ein dringlicher Vorstoss zum Thema aufgegleist, der Regierungsrat hat bereits gehandelt, er soll unbürokratisch Schutz bieten für Geflüchtete.

Es ist nicht leicht, zur Tagesordnung überzugehen, aber wichtig, darum zurück auf die kantonale Ebene im Kanton: hier können wir direkt etwas bewirken, hartnäckig und unermüdlich.

Was ist los? Freundliche Gesichter zieren Spielplätze und Strassen: Es sind Wahlen! In 25 Tagen finden die Wahlen statt, dann werden die Weichen für die nächsten Jahre gestellt. Darum sind sie auch ein Schwerpunkt des Parteitags. Kürzlich gab es ein sehr positives Signal aus der Bevölkerung im Kanton: 70.5% der Berner:innen sagen nein zur Abschaffung der Stempelsteuer, ein ausserordentliches Votum gegen Steuerprivilegierung der Grosskonzerne. Die Leute merken, dass wir nicht für verursachte Lücken aufkommen wollen.

Heute reden wir über die Ziele bei den Wahlen 2022. Ueli selbst hat die Vision, wie es in vier Jahren im Kanton aussieht: gebührenfreie Kitas im ganzen Kanton, eine kantonale Elternzeit, sodass junge Eltern Arbeits- Familienzeit frei wählen, teilen und gestalten können. Schulen sind mit super Personal besetzt, Schüler:innen werden optimal gefördert. Hervorragende Gesundheitsversorgung im Kanton, Hausarztpraxen in grösseren Orten, Gemeinschaftspraxen mit guten Arbeitsbedingungen. Besserer Lohn, dank der Pflegeinitiative, und damit super Pflegepersonal. Dank der kantonalen ÖV-Offensive geht niemand mehr mit dem Auto. Die Finanzen sind so gut, dass es sogar möglich ist, die Steuern zu senken für Mittelstand.

Durch Kitas und Elternzeit bleiben mehr gut Ausgebildete bleiben im Arbeitsprozess und steigern den Wohlstand im Kanton zusätzlich. Dafür lohnt es sich zu kämpfen. Diesem Kampf ist der heutige Parteitag gewidmet. Vielen Dank, dass ihr das Wort in den Kanton hinaustragt.

2 WAHLEN ZUM PARTEITAG

2.1 StimmzählerInnen

Es werden nominiert und gewählt:

Tischreihe	Stimmzähler:in	Ersatz
Tischreihe 1 und Podium	Andrea Erni Hänni	Niklaus Baltzer
Tischreihe 2	Irene Hügli	Patrick Imhof
Tischreihe 3	Kurt Schönenberger	Samira Martini
Tischreihe 4	Margrit Junker Burkhard	Cathrine Steffe
Tischreihe 5	Meret Schindler	Regula Feldmann

2.2 Mandatsprüfungskommission

Es werden vorgeschlagen und gewählt: Angelika Neuhaus, Regina Fuhrer-Wyss (beide GPK) sowie Karin Amatucci (Sekretariat).

2.3 Wahlbüro

Stimmenzählende und David Stampfli

2.4 Tagesbüro

Das Tagesbüro wird gemäss Statuten eingesetzt und besteht PL und Stimmenzählenden.

3 GENEHMIGUNGEN

3.1 Tagesordnung

Die Tagesordnung wird wie vorgeschlagen genehmigt.

3.2 Geschäftsordnung

Die Geschäftsordnung wird wie vorgeschlagen genehmigt.

3.3 Protokoll des Parteitages vom 10.11.2021

Das Protokoll wird genehmigt.

4 REGIERUNGS- UND GROSSRATSWAHLEN 2022

4.1 Rede Mattea Meyer, Co-Präsidentin SP Schweiz

Mattea wollte heute über vieles reden: über eine Elternzeit, die garantiert, dass sich alle Eltern um ihre Kinder kümmern können und nicht nur diese, die wie ihr Partner, Ferien beziehen konnten. Über die Bedeutung der Kinderbetreuung der Kinder: Bessere Arbeitsbedingungen, ein Zeichen, dass die Arbeit wertgeschätzt wird als wichtiger Beitrag für Gesellschaft, Zukunft Kinder. Über die AHV-Abstimmung im September, dort geht um unsere Mütter, die jahrelang unbezahlte oder schlecht entlohnte Arbeit leisteten und keine externe Kinderbetreuung. Ihre Arbeit soll endlich den Respekt bekommen, den sie verdient haben.

Dann kam der 24.2., nun kann Mattea nicht über diese Herzensprojekte sprechen. Wir können uns nicht vorstellen, was es bedeutet, von einem Moment auf den anderen aus normalem Alltag herausgerissen zu werden. Das Verabschieden von Vätern, unwissend, ob wir wiedersehen. Millionen Ukrainerinnen konnten das auch nicht bis vor einer Woche. Heute ist es ihr brutaler Alltag.

Mattea ist fassungslos, dass sich das Parlament in den letzten Tagen nur damit beschäftigt, ob die Schweiz aufrüsten soll, die SP solle ihr Referendum gegen den F-35 zurückziehen, wir müssten Panzer kaufen, die Linke sei schuld daran, dass wir keine gute Armee hätten. Sie ist fassungslos, dass Rechte diese Situation nutzen, um ihre Armeegelüste durchzusetzen, in einem Moment, in dem Menschen in der Ukraine in Zentrum stehen sollten. Eine deeskalierende Rolle der Schweiz wäre nötig. Es ist nicht angebracht, dass Lobbyisten Rüstungskerne ihre Anliegen damit durchzusetzen versuchen

Und es verletzt brutal, es ist unhaltbar, dass die Medien nur fragen, ob sie für Ab- und Aufrüstung sei. Es geht ums Überleben. Und die Schweiz könnte etwas machen: wir sind der wichtigste Rohstoffhandelsplatz für Russland, der wichtigste Finanzplatz für russische Reiche: 98% der reichen Russ:innen haben ein Schweizer Konto. Es waren wir, die den Bundesrat unter Druck gesetzt gaben, hier aktiv zu werden

und es ist beschämend, dass Druck nötig war. Es braucht mehr als Sanktionen: Hilfe vor Ort in Polen und der Ukraine und ein unmittelbares Bekenntnis dazu, dass die Schweiz bereit ist, Geflüchtete aufzunehmen, egal woher.

Wenn es darum geht, ob ein würdevolles Leben für Geflüchtete, ein Umsteigen auf die Erneuerbaren möglich ist. Was können wir, damit die Schweiz nicht mehr ein sicherer Hafen für kriminelles Geld ist. Die entscheidende Frage ist, wie die Mehrheiten im Parlament bei Bund und Kanton sind. Bei Geflüchteten entscheidet der Kanton über Gelder, Versorgung Arbeit, Schule.

Mattea ist überzeugt, dass wir alles geben werden, um Ende März gewinnen zu können. Das muss sein, weil wir dann Politik für die Menschen, geflüchtete oder bereits hier, machen können. Wir sind der Garant für Gerechtigkeit, für eine lebenswerte Zukunft.

Die Demo am Samstag war wichtig, weil sie zeigte, dass wir viele sind. Wir haben Hoffnung im Herzen, in Sao Paulo, Bern, Taipeh und Moskau.

Wie sieht die Welt in Zukunft aus? Voller Krisen und Krieg oder Frieden und Freiheit? Vielleicht ist es naiv, aber Mattea wünscht sich nichts sehnlicher, als das zweite. Dafür braucht es die Sozialdemokratie, hier in Bern. Viel Erfolg!

4.2 Kampagne Grossratswahlen

Die Vizepräsidentinnen Anna Tanner, Manuela Kocher und Tanja Bauer sprechen über den Effort, den die Partei in der Grossratskampagne macht. Dabei ist es extrem wichtig, dass wir als Team zusammenstehen, für eine sozialere und gerechtere Welt eintreten.

Die Kampagne läuft bereits. Es ist gerade ein sehr wichtiger Moment, das Wahlmaterial kommt nächste Woche. Wir sind überall, sehr sichtbar. Die bürgerlichen Medien versuchen, uns zu spalten: In Fragen der Sicherheitspolitik, zwischen Männer und Frauen, Stadt und Land, Männlichen und weiblichen Kandidis. So werden unsere getrennten Listen immer wieder thematisiert, Dabei ist das eine Stärke der SP.

Wir haben starke Kandidis auf beiden Listen, wir sind ein Team, gewinnen gemeinsam, die Chancen vorhanden.

Wir wollen eine Mehrheit in der Regierung, es ist an der Zeit. Wir können gemeinsam gewinnen, haben ein super Team. Und wir sind gut unterwegs, stark und präsent. Die Leute sprechen mit uns, wir erhalten gute Rückmeldung. Die SP ist DIE Partei in der Gleichstellungspolitik, sie wird auch als solche wahrgenommen. Dabei geht es uns um Gleichstellung in allen Lebensbereichen. Aktuell präsent: AHV21: wir engagieren uns gegen die Reform auf dem Rücken der Frauen.

Es gibt verschiedene Aktivitäten zur AHV21 und zur Gleichstellung im ganzen Kanton. Zudem sammeln wir am 19. April für die KiTa-Initiative. Nächste Woche beginnt die Grossratssession. In dieser Zeit gibt es viele online-Beiträge in den Social Media: teilt diese, streut die Inhalte, damit wir unseren Radius vergrössern können.

Als Grossrätin weiss Tanja, was es beutet, keine Mehrheit zu haben, für jede Stimme zu EDU, glp und EVP zu gehen, um für kleine Schritte zu kämpfen. Teilweise ist es in Ordnung, oft nicht. Es geht darum, das Schlimmste zu verhindern, manchmal gibt es kleine Erfolge, oft ist es aber schlimm. So wollten wir nach der Abstimmung zur Pflegeinitiative die Kürzung des Lohnsummenwachstums für Arbeitnehmende im Gesundheitsbereich rückgängig zu machen. Die Bürgerlichen haben das Anliegen versenkt, mit gruseligen Voten. So fanden sie, dass im Zusammenhang mit Corona halt alle ihren Teil beitragen müssten – als hätte das Gesundheitspersonal ihren Teil nicht seit zwei Jahren zu genüge geleistet. Es ist klar, dass viele nicht wissen, wie es ist, mit 3500 CHF im Monat zu leben.

Es geht um viel, beim Kampf gegen die bürgerliche Mehrheit. Und während Corona wurde es noch schlimmer: Es wurde Geld verschenkt an Unternehmen, die am meisten Gewinn gemacht haben. Gleichzeitig wurden andere Posten gespart: KiTas, Tagesschulen, Ausbau des Sonntagsverkaufs. Viele Sachen also, die nicht richtig sind und die Mehrheit der Bevölkerung nicht gut findet. Die Sonntagsverkäufe konnten wir den auch stoppen, ebenso wie Steuergeschenke an die Unternehmen, Kürzungen

der Sozialhilfe. Wenn wir mehr werden, die eine menschliche Politik machen: Das zählt. Eine Mehrheit im Regierungsrat: es zählt, wenn wir Sitze zulegen im Grossen Rat: Das zählt für ein KiTa-Kind, die Pflegefachperson, die Menschen im Asylbereich. Es ist wichtig, dass wir Vollgas geben, nicht für uns, sondern, damit wir Politik machen können für alle statt für wenige. Es sind die nächsten 2-3 Wochen, die entscheiden werden. Darum: Wir haben überall Standaktionen: Macht mit, geht hin, gebt einen Extraeinsatz: Damit wir näher an die Mehrheit, für eine fortschrittliche Politik, für eine bessere Welt. Merci viu mau!

4.3 Interviews Regierungsratskandis

Mirjam Veglio fühlt Kandidierenden für den Regierungsrat auf den Zahn.

Christoph Amman, seit Juni 2016 WEU-Direktor: Was ist dein bisher grösster politischer Erfolg?

Antwort: Wyss Academy nach Bern holen, das neue Energiegesetz und das Transplantationszentrum Insel sowie der Innovationspark Biel und das Swiss Center for Design and Health.

Evi Allemann, seit Juni 2018 leitest du die DIJ. Du bezeichnest dich als humorvollen Menschen: In welchen Momenten ist dir das Lachen vergangen?

Antwort: Das Lachen ist immer mal wieder vergangen insbesondere bei der Sozialpolitik und der Steuerpolitik im Regierungsrat. Manchmal gibt es ein weinendes und ein lachendes Auge. Vor allem möchte sie noch viel mehr erreichen, aber immerhin.

Erich Fehr alle arbeiten darauf hin, zusammen mit den Grünen den vierten Sitz zu erreichen. Was würdest du als erstes Tun bei einem Amtsantritt als Finanzminister?

Antwort: Er wird das Departement übernehmen, das ihm zugeteilt wird. Falls es die Finanzen sind, wird er nicht Steuern senken, sondern den Kontakt mit den Francophonen verstärken. Zweitens: Vermitteln im Stadt-Land-Graben: Der Kanton schöpft Stärke aus der Vielfältigkeit, gemeinsam sind wir stark. Wir müssen einander stärken, statt gegeneinander zu arbeiten.

Evi Allemann: Was ist dein grösster Erfolg?

Antwort: Evi will, dass wir ein Familienkanton sind, darum waren ihr die vermehrten Prämienverbilligungen ein Anliegen. Auch, dass Ordnung in das System gebracht wurde. Ab Anfang Jahr gilt ein neues Modell für Kinder und Jugendliche, die besonderen Schutz benötigen. Das läuft unter dem Radar, ist aber ein riesiger Erfolg.

Christoph Ammann: Was war dein peinlichster Moment in der Politlaufbahn?

Antwort: Dass er in einem Wahlpodium mit Regierungskollege Neuhaus verwechselt wurde.

Erich Fehr, du bist immer sehr motiviert. Woher nimmst du die Energie?

Antwort: Wichtig ist es, Pausen einzuplanen, das macht er auch bei normalen Jahren als Stadtpräsident. Zwischendurch macht er zudem Sport, einmal wöchentlich Hockey, oder er macht eine Rundfahrt auf dem Bielersee, das beruhigt unglaublich.

Evi Allemann: wem hörst du im Grossratssaal am liebsten zu? Hörst du zu, warum?

Antwort: Evi hört gerne zu, bis zu einem gewissen Punkt, dann versucht sie nicht mehr so genau zuzuhören. Am liebsten ist ihr nicht nur die SP, dort Position bekannt, die Überraschung ist nicht mehr so gross. Es gibt aber keine Einzelperson.

Aber sie hat einen Lieblingsgegner: Thomas Knutti (SVP):

Christoph Ammann: wer ist dein liebstes Grossratsmitglied zum Zuhören?

Antwort: Sein Liebling ist jeweils der Fraktionssprecher der EDU. Der sagt immer «Es ist alles schon gesagt, die EDU stimmt...»

Erich Fehr: Mit welchem der drei bürgerlichen Herren aus dem Regierungsrat würdest du ein Feierabendbier trinken, in der Hoffnung auf ein interessantes Gespräch?

Antwort: Pierre-Alain Schnegg (SVP), trotz allem das Gefühl, dass man mit ihm argumentieren kann. Die anderen beiden neigen zum Pöbeln. Das Überzeugen ist dann andere Fragen.

5 PAROLEN ABSTIMMUNGEN VOM 28.11.2021

5.1 In dubio pro Populo

Karin Fisli, Grossrätin aus Meikirch, stellt die Vorlage vor: Derzeit gibt es die Möglichkeit, Volksabstimmungen mit einem Trick zu umgehen, nämlich dem Buebetrickli mit Eventualantrag. Darum soll es nun ein neues Gesetz geben, womit das Einreichen eines Volksvorschlags immer noch möglich ist, wenn die 10'000 Unterschriften zusammenkommen. Damit ersetzen Volksvorschläge die Eventualanträge aus dem Grossen Rat, wodurch die Volksrechte gestärkt werden. Darum empfiehlt die GL die JA-Parole

Abstimmung:

Antrag GL: JA-Parole

Abstimmung: Der Parteitag beschliesst einstimmig die JA-Parole.

5.2 Filmgesetz

Reto Müller, Grossrat aus Langenthal stellt die Vorlage vor: Es geht um die sogenannte Lex Netflix. So sollen die Streamingdienste mit Schweizer Werbefenster zukünftig 4% ihres Umsatzes in Schweizer Produktionen einsetzen. Das bringt zusätzliche 18 Millionen zu den 150 Millionen Filmförderung, was die Branche stärkt. Branche gestärkt. Das Anliegen aus der Branche ist vor allem, dass sie Zugang zu den Streamingplattformen erhalten, weil dort die grössten Produktionen laufen. Durch die Gesetzesänderung dürfte dieses Anliegen nun endlich von Erfolg gekrönt sein.

Andere Länder kennen das Vorgehen bereits. Für Schweizer Arbeiter wie 3+ ändert sich nichts, sie zahlen bereits diese 4%, die SRG ist zwar nicht-kommerziell, leistet aber bereits über 30 Millionen an Beiträgen. Insbesondere deshalb ist es sinnvoll, das Lex Netflix durchkommt. Darum empfiehlt die GL die JA-Parole.

Abstimmung:

Antrag GL: JA-Parole

Abstimmung: Der Parteitag beschliesst einstimmig die JA-Parole.

5.3 Weiterentwicklung Schengen (Frontex)

Tamara Funciello, Nationalrätin aus Bern, stellt die Vorlage vor.

Zuerst ein Hinweis: Die Zusammenarbeit zwischen Bund und Kanton ist enorm wichtig. Aktuell geht es national um das Sexualstrafrecht. Die Bundesratsvorlage war schlecht und es gab viele Einsprachen. Eine der wichtigsten davon kam aus dem Kanton Bern und zwar von Evi Allemann. Diese war so gut und wichtig, dass Evi in die Sicherheitskommission eingeladen wurde und dass wir nun einen Schritt weiter sind. Darum ist es auch für die eidgenössische Ebene wichtig, dass wir eine Mehrheit im Kanton Bern haben, damit wir noch mehr Schritte vorwärtskommen.

Nun zur Vorlage: Dass Tamara kein Fan von Frontex ist, wäre noch untertriebene. Als «Mare Nostrum» mit Frontex ersetzt wurde, hat sie mit vielen zusammen demonstriert. Es geht um eine gerechte menschliche Flüchtlingspolitik. Und dann wurde mitten in der Flüchtlingskrise Schritt für Schritt zugemacht, die Mauern hochgezogen. Die Bilder von damals kennen alle. Tote, Mütter, die Kinder suchen, Kinder die Eltern

nie mehr finden, Mädchen, die an der polnischen Grenze erfrieren, Menschen die geschlagen und zurückgeschickt werden.

Zu sagen, es sei ein Business, wenn Menschen sich dagegen wehren, ist unwürdig. Kein Mensch ist illegal und Recht auf Bewegungsfreiheit ein Menschenrecht und Recht auf Asyl nicht verhandelbar. Jedes einzelne dieser Bilder hätten wir verhindern können, wenn Menschen Möglichkeit auf legale Fluchtwege hätten. Das forderte die SP damals mit dem Botschaftsasyl: so kann Asyl auf legalem Weg beantragt werden.

Sogar, wenn das Referendum angenommen wird, werden wir Frontex nicht abschaffen. Aber wir müssen auf europäischer Ebene alles geben, um die europäische Migrationspolitik zu ändern. Zusätzliche Gelder, die wir sprechen, müssen wir an Bedingungen knüpfen, um die Situation zu verbessern. Wir wollen Bundesrätin Karin Keller-Sutter dazu zwingen, das zu tun, was sie sich weigert zu tun, nämlich eine menschliche Asylpolitik, die der Schweiz würdig ist. Das Recht auf Asyl ist für die SP nicht verhandelbar. Den Kampf für dieses Recht kämpfen wir weiter, erster Schritt ist ein NEIN bei der Abstimmung, danach geht es weiter im Nationalrat.

Abstimmung:

Antrag GL: NEIN-Parole

Abstimmung: Der Parteitag beschliesst die NEIN-Parole bei 1 Gegenstimme und 7 Enthaltungen.

5.4 Transplantationsgesetz

Flavia Wasserfallen, Nationalrätin aus Bern stellt die Vorlage per Videobotschaft vor: In der Schweiz fehlen Organe, alle 5 Tage stirbt ein Mensch, weil nicht rechtzeitig ein Organ gefunden werden kann. Die Spendenquote ist die tiefste in Europa. Zu wenig Leute halten ihren Entscheid fest, Angehörige müssen deshalb entscheiden. Durch die erweiterte Zustimmung müssen sie Entscheide im Schockzustand treffen.

Die wissenschaftliche Evidenz zeigt: andere Spendemodelle resultieren in einer höheren Spendenquote. Darum haben Bundesrat und Parlament nach langen Diskussionen entscheiden, die erweiterte Widerspruchslösung einzuführen, also die vermutete Zustimmung. Dieses Modell setzt sich in Europa durch. Wer nicht Spenden möchte, soll dies festhalten. Ohne festgehaltenen Willen der Person können Angehörige widersprechen, wenn sie wissen oder vermuten, dass die Person dagegen gewesen wäre. Organe werden nicht entnommen, wenn keine Angehörige erreicht werden können. Damit die Information die Bevölkerung weit erreicht, gibt es eine breite Kampagne, auch für fremdsprachige Bevölkerungsgruppen. Alle Parteien ausser SVP, die gespalten ist, sind für diesen Wechsel. Der Nationalrat hat mit 141 zu 44 Stimmen zugestimmt. Der Parteitag der SP Schweiz hat mit 258 zu 41 Stimmen die JA-Parole beschlossen. Die Änderung wird die Spenderate erhöhen, sie schafft Klarheit und eine Entlastung für Angehörige. Das ist eine gute Nachricht für jedes Kind, das auf ein Organ wartet.

Susanne Clauss, SP Biel Stadt/Ost stellt einen Gegenantrag

Zum beruflichen Kontext: Sie arbeitet für eine achtsame und würdevolle Geburtsbegleitung. Vor der Arbeit als Hebamme hat sie mehrere Jahre als Pflegefachfrau auf einem grossen Notfall gearbeitet und achtet seither auch auf achtsames und würdevolles Sterben. Das gehört immer noch zum Beruf, nicht oft aber immer tragisch. 2 Jahren: Aus medizinethischer Sicht möchte sie den Fokus weg von den Empfänger:innen und den Organen wechseln. Einzelschicksale berühren immer, aber Betroffenheit ist ein schlechter Ratgeber für Gesetzesentscheide. Hirnverletzte oder Sterbende, die potenzielle Spender:innen werden, haben die gleichen Recht, wie Empfänger:innen.

Sie und ihre Kolleginnen sind Fachleute, nicht parteipolitisch.

Wichtige Punkte: Eine Studie zeigte keinen Zusammenhang zwischen mehr Spenden mit Widerspruchsregelung. Die Widerspruchsregelung ist nicht Verfassungskonform: Art 10.2 zur körperlichen Unversehr-

heit gilt nicht mehr vorbehaltlos, sie muss eingefordert werden. Grundrechte sind Rechte, die wir zu Beginn des Lebens erhalten, die nicht eingeholt werden müssen. Das Recht auf den Körper geht über den Tod hinaus. Alle Personen in der Schweiz werden informiert, dass sie schriftlich widersprechen müssen. Doch es gibt 800'000 Menschen mit Lese- und Schreibschwäche, einem Viertel der Bevölkerung fehlen digitale Grundkompetenzen. Es ist unmöglich, alle Menschen aufzuklären. Der Druck auf Angehörige erhöht sich, wenn nichts geregelt ist. Es ist ein gesellschaftlicher Wandel, die Anspruchshaltung an Menschen wird steigen. Das Mindset wandelt sich weiter, in einer existenziellen Krise der Angehörigen noch gegen gesellschaftlicher Druck angehen. Das ist unmenschlich. Viele Psychologinnen sagen sogar unmöglich.

Susanne möchte die Zahlen relativieren: Zwei Drittel der Wartenden brauchen eine Niere, das ist zwar eine Einschränkung der Lebensqualität, aber Spenden sind auch an Fremde möglich und es gibt Lebendspenden. Der Hirntod bedeutet nicht «tot», es geht um eine juristische Entlastung für Arzt:innen. Es geht um Sterbende, kalte Leichen können nicht mehr spenden.

Schauen wir genau hin, auch wenn wir das Sterben nicht gerne ansprechen: es geht ums Sterben, darum dass der Körper uns selber gehört. Um die Entscheidung, wer operiert, wer uns Organe entnimmt. Schliesslich gelte «Ja heisst Ja». Die Widerspruchsregelung ist eines Rechtsstaats nicht würdig. Susanne bittet, ein NEIN einzulegen.

Susanne stellt den Antrag auf eine geheime Abstimmung, damit niemand weiss, wer Organe spenden will, und darauf, dass die NEIN-Parole beschlossen wird.

Manuela Kocher-Hirt, Vizepräsidentin SP Kanton Bern, antwortet für die Geschäftsleitung. Sie ist selbst auch Pflegefachfrau. Es geht hier um einen Systemwechsel, darum, dass sich jede Person zur Organspende Gedanken macht. Der Entscheid für Hinterbliebene ist heute schon schwierig, die neue Regelung kann diese entlasten. Die Freiwilligkeit bleibt, jede Person entscheidet und kann ihren Entscheid festhalten gegenüber Angehörige.

Abstimmung Antrag auf geheime Abstimmung:

12 Stimmen dafür.

Damit wird die Abstimmung offen per Handzeichen durchgeführt.

Abstimmung Parole zum Transplantationsgesetz:

Antrag GL: JA-Parole

Abstimmung: Der Parteitag beschliesst die JA-Parole bei 9 Gegenstimmen und 4 Enthaltungen.

6 ERSATZWahl IN DIE GESCHÄFTSPRÜFUNGS-KOMMISSION

Da Ladina Kirchen zur Regierungsstatthalterin gewählt wurde, ist sie aus der GPK zurückgetreten. Leider kann sie heute auch nicht hier sein.

Die GPK schaut den Gremien auf die Finger, liest die Protokolle, berät sie in statutarischen und juristischen Fragen und revidiert unsere Rechnung.

Zum Glück haben wir eine sehr kompetente Person für die Nachfolge gefunden: Barbara Egger-Jenzer. Sie kann ebenfalls nicht anwesend sein, ihre Unterlagen wurden verschickt.

Wahl: Die Wahl von Barbara Egger-Jenzer in die GPK erfolgt einstimmig. einstimmig.

7 RESOLUTIONEN

Es sind keine Resolutionen eingegangen.

8 VERSCHIEDENES

Es gibt keine Wortmeldungen.

9 SCHLUSS DES PARTEITAGES

Vizepräsidentin **Anna Tanner** schliesst den Parteitag mit einem «Ich oder du»-Spiel mit dem Co-Präsidium. In vielen sind sie sich einig: Französisch mag Ueli lieber, die Sitzungsleitung ist Mirjams Steckenpferd, an die Brandherde geht Ueli, er fährt auch lieber Velo während Mirjam lieber im Zentrum steht. Einzig bei der Frustrationstoleranz sehen sie sich beide vorne, und sie glauben beide, dass ihr Co mehr Care-Arbeit leistet.

Einig sind wir uns aber alle darin, wer die Linke Wende bringen wird: WIR ALLE!

Der nächste Parteitag findet am 18.06.2022 in Biel/Bienne statt.

Der Parteitag ist geschlossen.

Schluss des Parteitags 21.20 Uhr.

Für das Protokoll



Zora Schindler

- StimmzählerInnen
- Mandatskontrolle